

**Städtische
Entwässerungseinrichtungen**

Geschäftsbericht

2011

1.	Organisation.....	4
1.1	Satzung	4
1.2	Gegenstand	4
1.3	Gemeinderat.....	4
1.4	Betriebsausschuss.....	4
1.5	Oberbürgermeister.....	5
1.6	Betriebsleitung	5
2.	Lagebericht	6
2.1	Bericht über den Ablauf des Geschäftsjahres	6
2.2	Wichtige Änderungen an den Anlagen der Städt. Entwässerungseinrichtungen ..	9
2.2.1	Bestand	9
2.2.2	Erweiterung und Ausbau Kanalnetz	10
2.2.3	Sonderbauwerke.....	11
2.2.4	Sanierung und Reparatur.....	11
2.3	Verpflichtungsermächtigungen.....	11
2.4	Entwicklung des Eigenkapitals	12
2.5	Kredite	12
2.6	Gewinn- und Verlustrechnung.....	13
2.7	Gebührenrechtliches Ergebnis	13
2.8	SAP-R/3.....	14
3.	Jahresabschluss.....	15
3.1	Bilanz zum 31.12.2011	15
3.1.1	Erläuterungen zur AKTIVSEITE	17
3.1.1.1	Anlagevermögen	17
3.1.1.2	Umlaufvermögen	18
3.1.2	Erläuterungen zur PASSIVSEITE	20
3.1.2.1	Eigenkapital.....	20
3.1.2.2	Empfangene Ertragszuschüsse	20
3.1.2.3	Verbindlichkeiten	20
3.2	Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01. - 31.12.2011.....	22
3.2.1	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	23
3.2.2	Erträge.....	24

3.2.3	Aufwendungen.....	27
4.	Anhang	30
4.1	Allgemeines	30
4.2	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	30
4.3	Personal	31
4.4	Organe.....	32
I.	Anlagenachweis.....	33
II.	Darlehen zum 31.12.2011.....	34
III.	Verbindlichkeitspiegel.....	35
IV.	Verpflichtungsermächtigungen 2011	35
V.	Vermögensplanabrechnung.....	36
VI.	Berechnung der Deckungsmittel Wirtschaftsjahr 2011.....	37
VII.	Gewinn- und Verlustrechnung mit Vergleich zum Vorjahr.....	40
VIII.	GuV mit Vergleich zum Ansatz im Wirtschaftsplan.....	41
IX.	Gebührenrechtliches Ergebnis 2011	42
X.	Ausgleich gebührenrechtlicher Ergebnisse ab 2002.....	43

1. Organisation

1.1 Satzung

Die Stadt Ravensburg führt die Städt. Entwässerungseinrichtungen als Eigenbetrieb. Die Betriebssatzung vom 14.12.1992 wurde vom Gemeinderat am 27.06.2005 neu gefasst.

1.2 Gegenstand

Zweck des Eigenbetriebes ist es, die Ableitung und Reinigung des im Stadtgebiet angefallenen Abwassers als öffentliche Einrichtung der Stadt zu betreiben.

Der Eigenbetrieb führt den Namen „Städt. Entwässerungseinrichtungen“.

Der Eigenbetrieb betreibt die seinen Betriebszweck fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte.

1.3 Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung, das Eigenbetriebsgesetz und die Betriebssatzung vorbehalten sind sowie über die ihm in der Zuständigkeitstabelle zugewiesenen Aufgaben.

Insbesondere beschließt der Gemeinderat über

- den Wirtschaftsplan
- die Entlastung der Betriebsleitung und
- die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlustes.

Der Gemeinderat kann jede Angelegenheit an sich ziehen, dem Betriebsausschuss allgemein oder im Einzelfall Weisung erteilen und dessen Beschlüsse ändern oder aufheben, solange sie noch nicht vollzogen sind.

1.4 Betriebsausschuss

Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs nahm bis zum 31.07.2011 der Umwelt- und Verkehrsausschuss die Aufgaben des beschließenden Betriebsausschusses wahr.

Im Zuge der Neustrukturierung der Ausschüsse wurde der Umwelt- und Verkehrsausschuss und der Technische Ausschuss zu einem "Ausschuss für Umwelt und Technik" (AUT) zusammengefasst. Der neue Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt seit dem 01.08.2011 die Aufgaben des beschließenden Betriebsausschusses mit der Bezeichnung "Betriebsausschuss Städtische Entwässerungseinrichtungen" wahr.

Die Änderung der Betriebssatzung trat zum 01.08.2011 in Kraft. (Beschluss Gemeinderat 27.06.2011, DS 2011/235)

Der Betriebsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und den gemeinderätlichen Mitgliedern des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Ravensburg. Die Regelungen der Hauptsatzung über die Stellvertretung im Ausschuss gelten entsprechend.

Der Betriebsausschuss berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebs vor, die der Entscheidung des Gemeinderats vorbehalten sind.

Der Betriebsausschuss entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebs, die ihm durch das Eigenbetriebsgesetz und diese Satzung vorbehalten sind sowie über die ihm in der Zuständigkeitstabelle zugewiesenen Aufgaben.

Bevor der Betriebsausschuss über Maßnahmen in einer Ortschaft entscheidet oder für den Gemeinderat vorberät, hat er den jeweiligen Ortschaftsrat anzuhören.

1.5 Oberbürgermeister

Dem Oberbürgermeister kommen die nach dem Eigenbetriebsgesetz vorgesehenen Aufgaben zu, insbesondere die Weisungs- und Anordnungsrechte nach § 10 EigBG sowie die Aufgaben als Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der beim Eigenbetrieb eventuell beschäftigten Bediensteten nach § 11 Abs. 5 EigBG.

In dringenden Angelegenheiten des Eigenbetriebs, deren Erledigung nicht bis zu einer Sitzung des Gemeinderats oder des Betriebsausschusses aufgeschoben werden kann, entscheidet der Oberbürgermeister anstelle des Gemeinderats oder des Betriebsausschusses.

1.6 Betriebsleitung

Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung geleitet. Die Betriebsleitung besteht kraft Amtes aus dem Leiter des Tiefbauamts und dem Leiter der Stadtkämmerei.

Der Betriebsleitung obliegt die laufende Betriebsführung und die Entscheidung über alle Angelegenheiten des Betriebs soweit nicht der Gemeinderat, der Betriebsausschuss oder der Oberbürgermeister zuständig sind. Die Zuständigkeitstabelle gilt entsprechend.

Jeder Betriebsleiter kann den Betrieb alleine vertreten. Für den Fall der Verhinderung vertreten sich die Betriebsleiter gegenseitig und leiten den Betrieb solange alleine.

Die Betriebsleitung hat den Oberbürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich zum Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplans schriftlich zu unterrichten. Über wichtige Angelegenheiten hat sie den Oberbürgermeister unverzüglich zu unterrichten.

Die Betriebsleitung hat dem Fachbeamten für das Finanzwesen der Stadt wichtige Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Stadt berühren. Sie hat ihm insbesondere den Entwurf des Wirtschaftsplans mit Finanzplanung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die vierteljährlichen Berichte rechtzeitig zuzuleiten.

Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Betriebsleitung entscheidet der Oberbürgermeister.

2. Lagebericht

2.1 Bericht über den Ablauf des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2011 fiel das Jahresergebnis deutlich besser aus als geplant. Im Wirtschaftsplan war ein Abmangel in Höhe von 195.000 € veranschlagt. Das tatsächliche Jahresergebnis 2011 liegt bei 478.108,33 €.

Die Abweichung ist weitestgehend über die Erstattung der Derivatzahlungen beim AZV zu begründen. Ein außergerichtlicher Vergleich zwischen der deutschen Bank und dem AZV kam am 21.11.2011 zustande, nachdem der BGH den Parteien den Vergleichstext förmlich zugestellt hat (Beschluss Verbandsversammlung vom 10.11.2011). Dem AZV wurden 943.298 € an Schadenszahlungen (Hauptforderung und Verzugszinsen) überwiesen. Dem Eigenbetrieb kamen daraus anteilig 686.842 € nach der Quote der Zinsumlage zu gute. Die Erstattung wurde unter der Position außerordentliche Erträge verbucht.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat im Zuge der Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens des Eigenbetriebs in den Wirtschaftsjahren 2002-2007 u. a. festgestellt, dass bislang als gebührenrechtliche Ergebnisse die handelsrechtlichen Ergebnisse nach der GuV-Rechnung übernommen worden sind. Diese Werte entsprechen jedoch nicht den gebührenrechtlichen Ergebnissen. Aufgrund der Beanstandung waren insbesondere die Zinsen neu zu berechnen, da bislang die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen für die Gebührenkalkulation und nicht die kalkulatorischen Zinsen herangezogen wurden. Bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen wird die Summe des Anlagevermögens verringert um die Ertragszuschüsse und die Summe der Anlagen im Bau mit dem kalkulatorischen Zinssatz multipliziert. Dieser errechnet sich aus dem durchschnittlichen Zinssatz für

Fremdkapital mit einem Aufschlag von 0,5 % (Beschluss GR vom 18.07.2011). Durch die Anrechnung der kalkulatorischen Zinsen ergeben sich erhebliche Veränderungen, da diese höher ausfallen als die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen. Das liegt daran, dass bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen Anlagevermögen wie zum Beispiel Grundstücke und Finanzanlagen eingerechnet werden, für die das aufgenommene Fremdkapital schon getilgt ist. So entstehen in der Gebührenrechnung höhere Aufwendungen, die durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden müssen. Die GPA hat gefordert die gebührenrechtlichen Ergebnisse rückwirkend neu zu berechnen und vom Gemeinderat beschließen zu lassen (GR 18.07.2011/DS 2011/224/1). Dadurch entstand die Abweichung zwischen gebührenrechtlichem Ergebnis und dem Ergebnis aus der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zum 31.12.2011 bleibt nach Rückrechnung der gebührenrechtlichen Ergebnisse ein Defizit in Höhe von 89.103,38 € (siehe Anlage X.), das es innerhalb von 5 Jahren auszugleichen gilt.

Der Gewinnvortrag aus den Vorjahren in Höhe von 1.140.040,82 € ist somit nicht auszugleichen und könnte nach Beschluss des Gemeinderates in die Allgemeine Rücklage eingestellt werden.

Die Beanstandung der GPA ist damit ausgeräumt.

Die im Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg getroffenen Feststellungen aus der Prüfung der Wirtschaftsjahre 2002-2007 gelten als erledigt (Schreiben RP Tübingen vom 20.04.2011, DS 2011/246) mit Ausnahme der Feststellung Randnummer 82. Aus dieser geht hervor, dass die Zinsen für Anlagen im Bau nicht in die laufenden Kosten eingerechnet werden dürfen, sondern als Herstellungskosten aktiviert werden müssen. Die Zinsen der Anlagen im Bau wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2011 aus der Gebührenrechnung herausgenommen.

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat abweichend von der bisherigen Rechtsprechung mit Urteil vom 11.03.2010 nunmehr entschieden, dass die Erhebung einer nach dem Frischwassermaßstab berechneten einheitlichen Abwassergebühr für die Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung auch in kleineren Gemeinden in aller Regel gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG sowie gegen das Äquivalenzprinzip verstößt.

Der Gebührensatz beträgt 1,96 € pro Kubik bezogenem Frischwasser seit dem 01.01.2010. Die Abwassergebühren wurden 2011 letztmalig als eine einheitliche Gebühr nach dem Frischwassermaßstab abgerechnet.

Ab dem 01.01.2012 wird die gesplittete Abwassergebühr eingeführt, wonach Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt ermittelt und abgerechnet werden. In der Gemeinderatsitzung vom 04.10.2010 (DS 2010/337) wurden als künftiger Gebührenmaßstab die befestigten Flächen festgelegt. Diese wurden mit Hilfe einer Befliegung ermittelt, wofür das Ingenieurbüro GAUL aus Bamberg beauftragt wurde.

Die Bescheide für die Niederschlagswassergebühr werden voraussichtlich ab Herbst 2012 von der Stadtkämmerei versendet. Die Schmutzwassergebühr für Ravensburg und Eschach werden weiterhin von der TWS veranlagt. Ab 2012 werden die Schmutzwassergebühren für Taldorf und Schmalegg von der Wasserversorgungsgruppe Wolketsweiler erhoben.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 08.06.2011 (DS 2011/204) wurden die Grundstücke der Retentionsbecken Domäne Hochberg I und II, Torkenweiler Süd, Gewerbepark Mariatal, Greckenhofweg, Bremhag, Leim-Nord, Kohlenberg und Erlen auf den Eigenbetrieb Städtische Entwässerungseinrichtungen übertragen. Die Stadt hat im Vorfeld die Flächen neuer Baugebiete erworben und über den städtischen Haushalt finanziert. Spätestens mit der Realisierung der Retentionsbecken sind die anteiligen Grundstücksflächen, Herstellungskosten und erhaltene Ertragszuschüsse dem Eigenbetrieb zuzuordnen. Dies wurde mit dem Beschluss nachgeholt. Der Stadt wurden im Saldo 358.567 € bezahlt.

Der in den letzten Jahren deutlich reduzierte Ansatz für den Kanalunterhalt kann künftig bei konstanteren Gebühreneinnahmen stufenweise wieder angehoben werden. Ein zu niedriges Volumen ist auf Dauer nicht zu verantworten.

Für Kanalerneuerungen, -sanierungen und Erschließungsarbeiten 2011 war in Übereinstimmung mit den Zielen des vom Gemeinderat beschlossenen „Abwasserkonzeptes 2011“ ein Investitionsvolumen von 3.955.000 € vorgesehen.

Schwerpunkte des Investitionsprogrammes 2011 waren die Kanalerneuerung Holbeinstraße/ Mühlstraße, Kanalerneuerung Wehrenhof / Höll und Sanierung Pumpwerk Kanalstraße.

Die Sanierung der Abwasserpumpwerke Weißenau und Kanalstraße sind aufgrund des Alters und der technischen Ausstattung dringend erforderlich. Beim Pumpwerk Kanalstraße wurde schon 2010 mit der Planung begonnen. Die tatsächliche Sanierung des Pumpwerks ist 2011 erfolgt.

Im Zentralen Pumpwerk in der Kanalstraße wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Bauwerkssetzungen zwischen dem Betriebsgebäude und dem Pumpgebäude festgestellt. Diese führten dazu, dass die beiden großen Schneckenpumpwerke nur noch mit großem

Aufwand in Betrieb gehalten werden konnten. Bei weiteren Bauwerkssetzungen, die nicht auszuschließen gewesen waren, konnte die Betriebssicherheit nicht mehr gewährleistet werden. Außerdem entsprach die 1965 eingebaute Elektro- und Steuertechnik nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Da auch nach der neuen Explosionsschutzverordnung erhebliche Investitionen anstanden, wurde das Pumpwerk insgesamt modernisiert und neu ausgestattet.

Das bisherige Pumpgebäude wurde abgebrochen und durch ein Schachtbauwerk ersetzt. Das bestehende Betriebsgebäude wurde saniert und die neue Steuer- und Regeltechnik eingebaut.

Die bisherigen 2 Schneckenpumpwerke wurden durch eine Trockenwetterwasserpumpe und zwei Regenwasserpumpen ersetzt. In diesem Zuge wurde auch die gesamte Regel- und Steuertechnik erneuert.

Nach dem Abschluss der Arbeiten wurde das Pumpwerk an die zentrale Steuerung und Leittechnik angebunden.

Die Sanierung des Pumpwerks in Weißenau ist für das Jahr 2012 vorgesehen.

Die genehmigte Kreditermächtigung 2011 mit 4.000.000,00 € wurde nur zur Hälfte benötigt. Die Tilgungen beliefen sich auf knapp 1.762.000 €. Auf den Vortrag der noch freien Kreditermächtigung 2011 von 2.000.000 € wird abschließend verzichtet. Der Eigenbetrieb hat sich damit um rund 238.000 € gegenüber dem Jahr 2010 neu verschuldet.

Aus Sicht der Betriebsleitung bestehen derzeit keine den Bestand gefährdenden Risiken.

2.2 Wichtige Änderungen an den Anlagen der Städt. Entwässerungseinrichtungen

2.2.1 Bestand

Zu den Anlagen des Eigenbetriebes Städt. Entwässerungseinrichtungen gehören:

308 km Kanäle, das sind:

- 236 km Mischwasserkanäle,
- 51 km Schmutzwasserkanäle,
- 21 km Regenwasserkanäle.

zusätzlich gehören noch ca. 94 km Hausanschlussleitungen zum Anlagevermögen

Folgende Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle dienen der Regenwasserbehandlung:

RÜB I (Mariatal)	4.695 m ³
RÜB II (Schützenstraße)	1.435 m ³
RÜB III (Oberschwabenhalle)	414 m ³
RÜB IV (Meersburger Straße)	3.619 m ³
RÜB V (Weststadt)	1.987 m ³
RÜB VI (Galgenhalde)	2.943 m ³
RÜB VII (Untereschach)	1.079 m ³
RÜB VIII (Oberzell)	623 m ³
RÜB IX (Taldorf)	754 m ³
Stauraumkanal Lachen	402 m ³
Stauraumkanal Furtwiesen	3.290 m ³
Stauraumkanal Hauptsammler	9.604 m ³
Gesamtvolumen	30.845 m³

2.2.2 Erweiterung und Ausbau Kanalnetz

Das Kanalnetz wurde 2011 wie folgt erweitert und saniert:

Maßnahmen	Investitionen 2011
Hausanschlüsse Außenbereich	183.109,38 €
Gewerbegebiet Erlen	65.079,95 €
Erschließung Blumenweg	23.908,10 €
Kanalerneuerung Mauerstraße	1.059,09 €
Kanalerneuerung Tannenbergstraße	94.363,86 €
Wehrenhof – Höll	47.077,53 €
Obere Friedhofstraße/ Kohlenberg	823,42 €
Mühlstraße-Holbeinstraße	174.935,62 €
Kemmerlang/ Benzen	23.552,39 €
Kanalerneuerung Obere Breite Straße	70.565,75 €
Kanalerneuerung Ziegelstraße	2.729,50 €

Planungen sind angelaufen für

Maßnahmen	Investitionen 2011
Entlastung Flappach	8.695,55 €
Blaser 3 und 3/1	4.569,61 €
Kanalerneuerung Obere Burachstraße	11.900,00 €
Baugebiet Oberhofen Süd (Angelestraße)	5.291,63 €

2.2.3 Sonderbauwerke

Maßnahmen	Investitionen 2011	Gesamtinvestition
Sanierung Pumpwerk Kanalstraße	368.175,72 €	398.312,03 €
Umbau Regenwasserbehandlungsanlage	10.885,00 €	275.735,88 €

2.2.4 Sanierung und Reparatur

Gemäß der Eigenkontrollverordnung Baden-Württemberg (Neufassung vom 31.03.2001) waren alle Abwasserkanäle auf Dichtheit zu überprüfen. Die erstmaligen Untersuchungen aller Ravensburger Kanäle haben 1989-1999 stattgefunden. Im Zeitraum 2000-2010 standen die ersten Wiederholungsuntersuchungen an und ab 2011 die 3. Phase der Untersuchungen. Die Dichtheitsprüfungen sind mindestens alle 10 Jahre zu wiederholen.

Bei Fernsehuntersuchungen sind in verschiedenen Kanalhaltungen Schäden festgestellt worden, welche von Innen, d. h. mittels grabenloser Techniken, saniert wurden.

Folgende Kanalabschnitte wurden u. a. saniert:

Straße	Länge in m	Durchmesser in mm
Kreuzäcker	90,53	200 - 300
Dorfstraße	90,61	250
Friedrichshafener Straße	280,41	400 - 500
Erlenweg	85,24	250
Mariataler Straße	512,68	300 - 600
Moosäcker	92,2	500
Sederlitz	47,7	200
Abt-Unold-Strasse	102,96	600
Im Herrengut	30,5	300
Brunnenstraße	37,87	700
Gornhofer Straße	70,75	700
Einödstraße	32,6	300
Brunnenstraße	37,87	700

2.3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2011 von 430.000 € für die Maßnahmen "Entlastung Flappachsammler" und "Baugebiet Oberhofen Süd (Angelestraße)"

wurden vom RP genehmigt, Die zeitliche Verschiebung der Bauvorhaben auf Grund schwieriger Randbedingungen in der Projektierungsphase hatte zur Folge, dass die Verpflichtungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen werden mussten. Die Ausweisung von Verpflichtungsermächtigungen sichert dem Eigenbetrieb die Flexibilität, auch vor Vollzugsreife des Haushaltsplanes im Folgejahr und damit auch des Wirtschaftsplanes des kommenden Jahres, bauliche Investitionen vergeben zu können.

2.4 Entwicklung des Eigenkapitals

Die Bilanz wies zum 01.01.2011 ein Eigenkapital von

0,00 € Stammkapital und
700.849,70 € Gewinnvortrag
439.191,12 € Jahresgewinn 2010

aus.

Nach Beschluss des Gemeinderates wurde der Jahresgewinn 2010 mit den Vorjahresergebnissen aufgerechnet. Der Gewinnvortrag in Höhe von 700.849,70 € erhöht sich somit um 439.191,12 € auf 1.140.040,82 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2011 erbrachte einen Jahresgewinn aus dem laufenden Jahr in Höhe von 478.108,33 €. Das Eigenkapital stellt sich zum 31.12.2011 folgendermaßen dar:

0,00 € Stammkapital und
1.140.040,82 € Gewinnvortrag Vorjahre
478.108,33 € Jahresgewinn laufendes Jahr

Es wird vorgeschlagen den Gewinnvortrag aus den Vorjahren nach Beschlussfassung des Gemeinderates in die Allgemeine Rücklage einzustellen, da dieser aus der Gewinn- und Verlustrechnung stammt und nicht auszugleichen ist. Ebenso wird vorgeschlagen den Jahresgewinn 2011 nach Beschlussfassung des Gemeinderates in die Allgemeine Rücklage einzustellen.

2.5 Kredite

Die beiliegende Übersicht (Anlage) zeigt die aufgenommenen Finanzierungsdarlehen. Im Jahr 2011 wurden 2.000.000 € an neuen Darlehen aufgenommen (die Hälfte der geplanten

Kreditemächtigung). Auf die Inanspruchnahme der freien Kreditemächtigung in Höhe von 2.000.000 € wird abschließend verzichtet.

Der Eigenbetrieb hat sich damit um rund 238.000 € neu verschuldet.

2.6 Gewinn- und Verlustrechnung

Im Wirtschaftsjahr 2011 standen den Erträgen des Betriebes in Höhe von 8.652.267,17 € Aufwendungen von 8.174.158,84 € gegenüber. Bei der Summe der Erträge ist die Position außerordentliche Erträge in Höhe von 686.841,63 € aus Erstattungen des Derivatstreits zwischen dem AZV und der Deutschen Bank enthalten.

Saldiert ergibt sich ein Jahresergebnis 2011 von 478.108,33 €.

2.7 Gebührenrechtliches Ergebnis

Nachdem die Gemeindeprüfungsanstalt im Zuge der Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens des Eigenbetriebs in den Wirtschaftsjahren 2002-2007 u. a. festgestellt hat, dass die handelsrechtlichen Ergebnisse nach der GuV-Rechnung nicht den gebührenrechtlichen Ergebnissen entsprechen wurden die rückgerechneten gebührenrechtlichen Ergebnisse im Gemeinderat am 18.07.2011 (DS 2011/224/1) beschlossen.

Ende 2011 ergibt sich bei Aufrechnung der gebührenrechtlichen Ergebnisse ein Defizit von 89.103,38 € (siehe Anlagen IX. und X.), das innerhalb von 5 Jahren durch Einstellen in die Gebührenkalkulation wieder ausgeglichen werden kann. Das gebührenrechtliche Ergebnis wurde auch mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt.

Bei der Berechnung des gebührenrechtlichen Ergebnisses werden anstelle von Fremdkapitalzinsen die kalkulatorischen Zinsen angesetzt. Der kalkulatorische Zinssatz liegt 2011 bei 4,54 % (4,04 % durchschnittlicher Fremdkapitalzins plus 0,5 % - Beschluss GR vom 18.07.2011). Die Grundlage für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen ist das Anlagevermögen verringert um die empfangenen Ertragszuschüsse und die Summe der Anlagen im Bau.

Nicht gebührenfähig und deshalb nicht mit einzurechnen sind die Abschreibungen auf Forderungen und die außerordentlichen Erträge aus Erstattung Derivatzahlungen. Die Aufwendungen aus Derivaten wurden im Zuge der Berichtigung der gebührenrechtlichen Ergebnisse 2002 bis 2010 als nicht gebührenfähig aus der Berechnung herausgenommen, weshalb auch die Erstattungen als nicht gebührenfähig behandelt werden.

2.8 SAP-R/3

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18.04.2005 wurde der Einführung eines neues Finanzwesens auf Basis von IS-PS der Firma SAP für die Stadt Ravensburg und weitere Bereiche der Verwaltung, hierunter auch für den Eigenbetrieb Städt.

Entwässerungseinrichtungen, zugestimmt. U. a. wurden die Module Finanzbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung und Controlling eingeführt.

Seit 2011 werden auch die Darlehen des Eigenbetriebs in einem Darlehensmodul erfasst, verbucht und verwaltet. Darüber kann auch die Zinsabgrenzung zum Jahresende verbucht werden und muss nicht mehr manuell errechnet und anschließend verbucht werden.

3. Jahresabschluss**3.1 Bilanz zum 31.12.2011**

Aktivseite	31.12.11	Vorjahr
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	1.118.989,37	205.067,37
2. Verteilungsanlagen	48.378.658,31	47.561.461,51
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4,00	73,79
4. Anlagen im Bau	4.406.384,68	5.393.176,33
Summe Sachanlagen	53.904.036,36	53.159.779,00
III. Finanzanlagen		
1. Anteil der Stadt am AZV Mariatal	3.638.750,25	3.638.750,25
Summe Anlagevermögen	57.542.786,61	56.798.529,25
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	328.329,94	9.204,25
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (AZV)	28.245,30	32.579,49
3. Forderungen an die Gemeinde	130.680,28	124.441,59
Summe Forderungen	487.255,52	166.225,33
IV. Guthaben bei Kreditinstituten	1.696.398,43	1.424.239,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	59.726.440,56	58.388.993,88

Passivseite	31.12.11	Vorjahr
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	0,00	0,00
II. Rücklagen	0,00	0,00
III. Gewinn/Verlust		
- Gewinn-/Verlustvortrag Vorjahre	1.140.040,82	700.849,70
- Jahresgewinn	478.108,33	439.191,12
- Jahresverlust		
Summe	1.618.149,15	1.140.040,82
B. Empfangene Ertragszuschüsse	20.154.515,38	19.612.638,24
C. Rückstellungen	0,00	0,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.813.533,80	35.575.362,89
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen / Leistungen	1.552.341,21	1.661.347,92
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (AZV)	30.410,38	27.908,17
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und anderen Eigenbetrieben	425.848,84	222.172,42
5. Sonstige Verbindlichkeiten	131.641,80	149.523,42
Summe Verbindlichkeiten	37.953.776,03	37.636.314,82
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	59.726.440,56	58.388.993,88

3.1.1 Erläuterungen zur AKTIVSEITE

3.1.1.1 Anlagevermögen

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen hat sich 2011 um 744.257,36 € auf 53.904.036,36 € gegenüber 2010 erhöht.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	913.922,00 €
Verteilungsanlagen	817.196,80 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 69,79 €
Anlagen im Bau (AiB)	- 986.791,65 €
Entwicklung des Anlagevermögens 2011	+ 744.257,36 €

Durch die Übertragung der Grundstücke der Retentionsbecken Domäne Hochberg I und II, Torkenweiler Süd, Gewerbepark Mariatal, Greckenhofweg, Bremhag, Leim-Nord, Kohlenberg und Erlen nahm der Bestand an Grundstücken um 913.922 € zu.

Seit 1996 wird der anteilig von der Stadt für öffentliche Wege und Plätze zu tragende Straßenentwässerungsanteil für alle Baumaßnahmen (auch für vorläufig als Anlage im Bau bilanzierten Objekte) von den Herstellungskosten abgesetzt (anteilig waren dies 259.198,12 € an Ersätzen im Jahr 2011) und dieser jährlich in Rechnung gestellt.

Durch Anlagenzugänge abzüglich Abschreibungen und Straßenentwässerungsanteile summieren sich die Restbuchwerte aller Verteilungsanlagen (mit Inliner und Grunddienstbarkeiten) Ende 2011 auf 48.378.658,31 €. Dies ist zum Vorjahr eine Erhöhung um 817.196,80 €.

Aus den bis Jahresende 2011 als AiB bilanzierten Vorjahresinvestitionen wurden 2011 1.493.207,60 € als endgültig fertige Verteilungsanlagen umgebucht. Abgerechnet wurden:

Kanalerneuerung Obere Breite Straße	477.655,78 €
Äußere Erschließung Erlen	452.403,50 €
Obere Friedhofstraße	217.295,04 €
Erschließung Blumenweg	19.886,80 €
Pumpwerk Kanalstraße	323.747,94 €
Kanalerneuerung Ziegelstraße	2.218,54 €
Summe	1.493.207,60 €

Bei der Übertragung der Retentionsbecken von der Stadt auf den Eigenbetrieb gingen auch Herstellungskosten in Höhe von 440.038 € über.

Hinzugekommen sind außerdem Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm 2011, die noch nicht fertiggestellt sind (als AIB bilanziert), mit einem Gesamtvolumen von 557.274,27 €. Dies sind die Hausanschlüsse im Außenbereich (183.109,38 €), Umbau Regenwasserbehandlungsanlagen (8.847,33 €), Mühl- und Holbeinstraße (142.187,67 €), Baugebiet Oberhofen Süd (Angelestraße) (3.968,72 €), Gewerbegebiet Erlen – äußere Erschließung (58.474,71 €), Benzen/Kemmerlang (23.552,39 €), Blaser 3 und 3/1 (4.569,61 €), Entlastung Flappach (7.067,74 €), Kanalerneuerung Tannenbergsstraße (76.698,95 €), Wehrenhof – Höll (38.264,62 €), Kanalerneuerung Obere Burachstraße (9.672,32 €), Kanalerneuerung Mauerstraße (860,83 €). Der von der Stadt anteilig zu bezahlende Straßenentwässerungsanteil ist abgesetzt.

Der Endstand der Anlagen im Bau summiert sich Ende 2011 auf 4.406.384,68 € (im Vorjahr 5.393.176,33 €). Der Stand der Anlagen im Bau hat sich damit um 986.791,65 € verringert.

Finanzanlagen

Diese Bilanzposition weist unverändert die geleisteten Kapitaleinlagen der Stadt Ravensburg an den AZV Mariatal nach (Beschluss der Verbandsversammlung des AZV Mariatal vom 04.12.2003).

3.1.1.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich von 1.590.464,63 € auf 2.183.653,95 € um 593.189,32 € erhöht. Die Veränderungen stellen sich wie folgt dar:

Forderungen aus Lieferung und Leistungen	+ 319.125,69 €
Forderungen an den AZV Mariatal	- 4.334,19 €
Forderungen an die Gemeinde	+ 6.238,69 €
Guthaben bei Kreditinstituten	+ 272.159,13 €
Entwicklung des Umlaufvermögens 2011	+ 593.189,32 €

Als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind bis zum Jahresende 328.329,94 € (Vorjahr: 9.204,25 €) bilanziert. Dies sind vor allem die bis zum Jahresende entstandenen Rechnungsabgrenzungen aus Gebühren und Beiträgen.

Die Forderungen gegenüber dem Abwasserzweckverband Mariatal betragen zum Jahresende 28.245,30 € aus Zinsumlagenüberzahlungen. Die Abwicklung erfolgt nach Beschlussfassung in der Verbandsversammlung des AZV Mariatal.

Zum Jahresende 2011 bestehen Forderungen gegenüber der Stadt Ravensburg in Höhe von 130.680,28 €. Diese setzen sich zusammen aus Straßenentwässerungsforderungen im Vermögensplan (100.029,96 €) und Erfolgsplan (30.489,10 €) sowie Zinsen für einen inneren Kassenkredit (161,22 €).

Seit der Umstellung des Rechnungswesens auf SAP hat der Eigenbetrieb ein eigenes Bankkonto. In der Bilanz wird der Bestand nun unter der Position IV. Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Zum 31.12.2011 beträgt das Guthaben 1.696.398,43 €.

3.1.2 Erläuterungen zur PASSIVSEITE

3.1.2.1 Eigenkapital

Auf die Festsetzung von Stammkapital wurde bei der Eigenbetriebsgründung verzichtet.

Es wird vorgeschlagen den Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von 1.140.040,82 € der Allgemeinen Rücklage des Eigenbetriebs zugeführt. Ebenso wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss 2011 in die Allgemeine Rücklage einzustellen.

3.1.2.2 Empfangene Ertragszuschüsse

Die Abwasserbeiträge (Kanal- und Klärwerksbeiträge), die Zuschüsse und Kostenersätze belaufen sich auf 20.154.515,38 € (Vorjahr 19.612.638,24 €). Sie werden jährlich entsprechend den Abschreibungen aufgelöst und fließen damit als Teil der Umsatzerlöse in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Im Jahr 2011 wurden allein durch die Übertragung der betriebsnotwendigen Grundstücke (Beschluss GR am 27.06.2011, DS 2011/204), 955.393 € an Ertragszuschüssen übertragen.

3.1.2.3 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten veränderten sich bei folgenden Positionen gegenüber 2010:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	+ 238.170,91 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	- 109.006,71 €
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde (RV) und anderen	+ 203.676,42 €
Eigenbetrieben/Zweckverbänden (AZV)	+ 2.502,21 €
Sonstige Verbindlichkeiten	- 17.881,62 €
Entwicklung Verbindlichkeiten	317.461,21 €

Der Eigenbetrieb finanziert seine Investitionen und Kredittilgungen überwiegend über Abschreibungen sowie Klär- und Kanalbeiträge. Im Jahr 2011 wurden auch 2.000.000 € an neuen Krediten zur Finanzierung der Investitionen aufgenommen. Der Eigenbetrieb hat sich damit im Jahr 2011 um rund 238.000 € neu verschuldet.

Zum Jahresende 2011 ist ein Kreditvolumen von 35.813.533,80 € bilanziert. Die Verbindlichkeiten aus den Kreditverträgen sind zu den jeweiligen Rückzahlungsbeträgen passiviert. Die Restlaufzeiten sind aus dem Verbindlichkeitspiegel in den Anlagen zu entnehmen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich zum Ende 2011 auf insgesamt 1.552.341,21 €. Berücksichtigt werden vor allem die bis zum Jahresende

entstandenen Rechnungsabgrenzungen aus Kreditzahlungen die erst zu Beginn des Jahres 2012 dem Bankkonto belastet wurden. Außerdem werden Verbindlichkeiten aus Abwassergebühreneinzahlungen berücksichtigt.

Die bilanzierten Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes gegenüber der Stadt belaufen sich zum 31.12.2011 auf 425.848,84 €. Diese setzen sich aus Rechnungsabgrenzungen vor allem im Zusammenhang mit den Abrechnungen des Baubetriebshofs Ravensburg, Honorarzahungen an das Tiefbauamt für Baumaßnahmen und Rückerstattungen für Straßenentwässerungszahlungen im Vermögensplan zusammen. Kassenkredite waren zum 31.12.2011 nicht aufgenommen.

Aus den Abrechnungen der Verbandsumlagen des Abwasserzweckverbands Mariatal bestehen zum 31.12.2011 Verbindlichkeiten in Höhe von 30.410,38 € (Vorjahr: 27.908,17 €) aus Abrechnung der Betriebskostenumlage.

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 131.641,80 € (Vorjahr: 149.523,42 €). Es werden anteilige Kreditzinsen, die zwar 2012 fällig werden, sich aber auf den Zinszeitraum 2011 beziehen, als sonstige Verbindlichkeiten bilanziert. Betroffen sind Kredite mit nachträglicher Zinszahlung und Fälligkeiten nach dem 31.12.2011. Diese Bilanzierung führt zu einer periodengerechten Zuordnung des Zinsaufwandes (Belastung 2011 und entsprechende Entlastung 2012).

Zum Jahresende weist die Vermögensplanabrechnung einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 43.411,72 € im langfristigen Bereich aus. Die Vermögensplanabrechnung ist in den Anlagen dargestellt.

3.2 Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01. - 31.12.2011

	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) Abwassergebühren	6.442.167,27	
b) Straßentwässerungsanteil	330.489,10	
c) Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal	165.700,00	
d) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	<u>548.913,78</u>	
	7.487.270,15	
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) andere betriebliche Erträge	13.497,88	
b) Erträge aus dezentraler Abwasserbeseitigung	8.544,91	
c) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen Klärwerk	<u>447.622,83</u>	
	469.665,62	
		7.956.935,77
<hr/>		
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.730,09	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.402.956,39	
c) Leistungen des AZV Mariatal	<u>3.263.490,86</u>	
	4.700.177,34	
4. Abschreibungen	1.439.803,70	
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Sonstige betriebliche Aufwendungen	255.801,55	
b) Geschäftsbesorgung	<u>331.000,00</u>	
	586.801,55	
		6.726.782,59
<hr/>		
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.489,77	8.489,77
<hr/>		
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
a) Kreditzinsen	1.364.134,27	
b) Zinsausg. Kassenkredite, Derivate, Sonst. Finanzausg.	<u>83.241,98</u>	
	1.447.376,25	1.447.376,25
<hr/>		
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-208.733,30
9. Außerordentliche Erträge	686.841,63	686.841,63
10. Jahresergebnis		478.108,33
Summe Aufwendungen		8.174.158,84
Summe Erträge		8.652.267,17

3.2.1 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2011 enthält detaillierte Aussagen zur Zusammensetzung der Umsatzerlöse (Abwassergebühr/Straßenentwässerungskostenanteile), zu den verschiedenen Abschreibungen, Zuschuss- und Beitragsauflösungen (getrennt nach Kanälen und Klärwerk), zu den Finanzbeziehungen zum AZV Mariatal sowie zur Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen und zum Bereich der Kreditzinsen.

Die größeren Planabweichungen, die für das Jahresergebnis verantwortlich sind, werden in nachfolgender Übersicht zusammenfassend dargestellt und werden anschließend detailliert erläutert:

Erträge

Abwassergebühren	+ 292.000 €
Erlöse für die Straßenentwässerung	- 70.000 €
Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal	0 €
Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	+ 9.000 €
Sonstige betriebliche Erträge, Zuschüsse und Beiträge	- 106.000 €
Einnahmen aus Kassenzinsen und Derivaten	- 2.000 €
außerordentliche Erträge	+ 687.000 €
= Mehrererlöse	+ 810.000 €

Aufwendungen

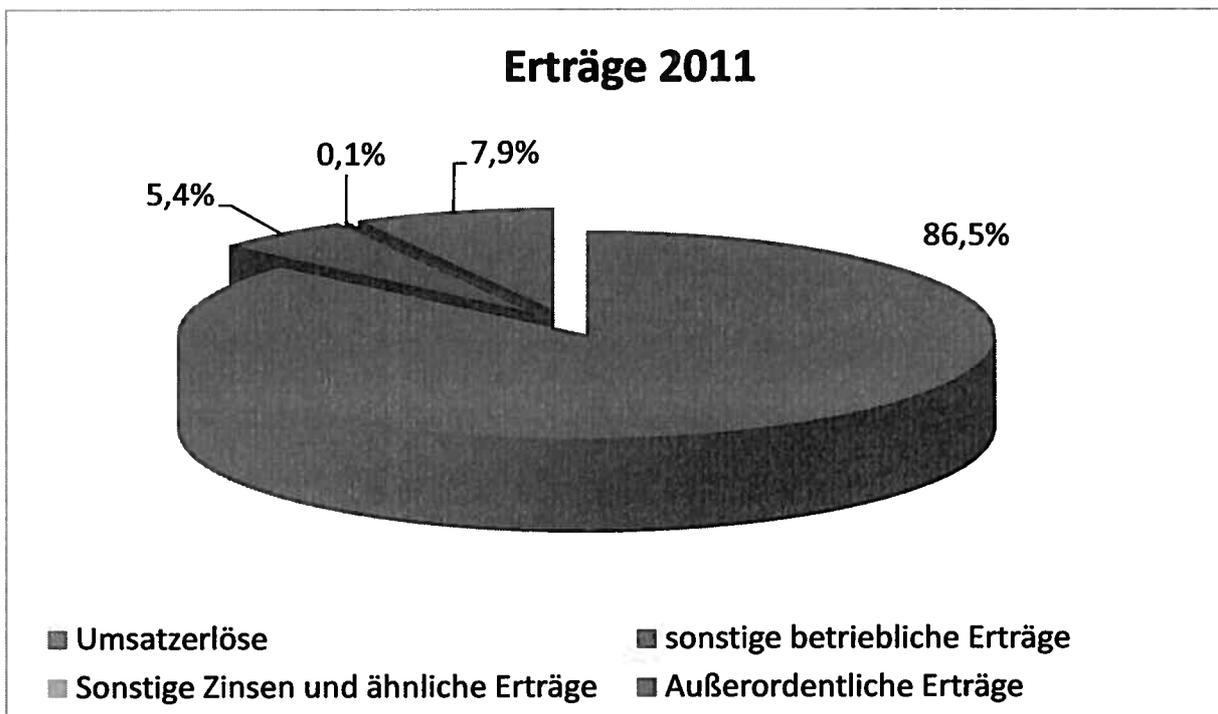
Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen	+ 487.000 €
Verbandsumlagen an den AZV (netto)	- 2.000 €
Abschreibungen	-160.000 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 31.000 €
Geschäftsbesorgung Stadt	- 4.000 €
Kreditzinsen (mit Zinsabgrenzung)	- 236.000 €
Sonstige Zinsen, Derivate, Finanzausgaben	+ 83.000 €
= Mehraufwendungen	+ 137.000 €
= Nettoverbesserung	673.000 €
./. geplanter/veranschlagter Jahresgewinn	-195.000 €

Tatsächliches Jahresergebnis 478.108,33 €

3.2.2 Erträge

Die Erträge des Eigenbetriebes mit einem Betrag von 8.652.267,17 € setzen sich wie folgt zusammen:

Position	Bezeichnung	Betrag
1	Umsatzerlöse	7.487.270,15 €
2	Sonstige betriebliche Erträge	469.655,62 €
6	Sonstige Zinsen, Derivate und ähnliche Erträge	8.489,77 €
9	Außerordentliche Erträge	686.841,63 €



Position 1 a) - Abwassergebühren

Die Abwassergebühr wurde zum 01.01.2010 auf 1,96 € pro Kubikmeter bezogenem Frischwasser angepasst. Mit einem Gesamtaufkommen von 6.442.167,27 € liegen die Einnahmen mit rund 146.000 € weit über dem geplanten Ansatz 2011.

Nach der Abwassersatzung gilt als angefallene Abwassermenge die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte Wassermenge. Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, werden auf Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Abwassergebühr abgesetzt.

Zum 01.01.2010 wurde die Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben erlassen womit die dezentrale und die zentrale Abwasserbeseitigung satzungsrechtlich getrennt wurden. Die Gebühren für die Entsorgung von angefallenen Abwässern aus geschlossenen Gruben und Kleinkläranlagen wurde ebenfalls zum 01.01.2010 angepasst. Die Bemessungsgrundlage für die dezentrale Abwassergebühr richtet sich seit dem nicht mehr nach der bezogenen Frischwassermenge, sondern nach der tatsächlich abgeholt und beim Klärwerk abgelieferten Abwassermenge.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde letztmalig eine einheitliche, nach dem Frischwasser berechnete Gebühr erhoben. Ab 2012 wird das Abwasser gesplittet in Schmutz- und Niederschlagswasser abgerechnet.

Position 1 b) - Straßenentwässerungsanteil

Die Stadt hat für die Oberflächenentwässerung ihrer Straßen und Plätze dem Eigenbetrieb einen Teil der laufenden Kosten zu ersetzen. Im Jahr 2011 waren dies 330.489,10 €. Bislang wurde bei den laufenden Kosten mit einem Pauschalsatz an Straßenentwässerung in Höhe von 18,72 % gerechnet. Im Zuge der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr wurden vom Gemeindetag BW (BWGZ 21/2010) neue Pauschalsätze veröffentlicht, anhand derer die Straßenentwässerung ermittelt werden kann. Diese liegen für Betriebskosten im Kanalbereich bei 13,5 % und beim Klärwerk bei 1,2 %, die kalkulatorischen Kosten beim Klärwerk werden mit 5% Straßenentwässerung abgerechnet. Diese Pauschalsätze des Gemeindetags wurden erstmalig 2011 angewandt.

Position 1 c) – Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal

Die Verbandsversammlung des AZV Mariatal beschloss am 28.11.2006 die Übernahme einer Kosteneinsparung im Klärwerksbetrieb in Höhe von 165.000 € pro Jahr seit dem Jahr 2006. Zum 01.01.2009 wurde die Summe der Kosteneinsparung um 700 € auf 165.700 € ab dem Jahr 2009 angehoben (siehe Abwassergebührenvereinbarung mit OMIRA, Beschluss GR vom 29.06.2009). Der Vorteil besteht darin, dass das Molkereiwasser wesentlich besser abbaubar ist als das übliche kommunale Abwasser. Daraus entstehen beim Betrieb des Verbandsklärwerks Ersparnisse beim Chemikalieneinsatz für Stickstoff- und Phosphorentnahme. Für 2012 müssen die Werte neu ermittelt werden und eine neue Vereinbarung getroffen werden. Die Untersuchung der Werte wurde dem Ingenieurbüro Jedele&Partner in Auftrag gegeben.

Position 1 d) – Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen, Auflösung Ersätze

Der Erfolgsplan beinhaltet auf der Erlösseite auch die jährliche Auflösung von Kanalbeiträgen, Landeszuschüssen, Investitionsbeteiligungen Dritter und Ersätze von Hausanschlusskosten. Im Jahr 2011 betragen diese 548.913,78 €.

Position 2 – sonstige betriebliche Erträge

Die Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen für das Klärwerk wird hier dargestellt. Diese belaufen sich im Jahr 2010 auf 447.622,83 €.

Seit dem 01.01.2010 werden hier außerdem die Erträge aus der dezentralen Abwasserbeseitigung, also der Entsorgung von Abwässern aus Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben dargestellt. Diese betragen 8.544,91 € zum 31.12.2011.

An anderen betrieblichen Erträgen und Nebenforderungen wurden 13.497,88 € vereinnahmt.

Position 6 – Sonstige Zinsen, Derivate und ähnliche Erträge

Im Wirtschaftsjahr 2011 konnten durch die Anlage liquider Mittel 8.489,77 € an Zinserträgen erwirtschaftet werden.

Position 9 – Außerordentliche Erträge

Der AZV hat den strittigen Zinsswap der Deutschen Bank vorzeitig zum aktuellen Marktpreis am 18.12.2008 verkauft.

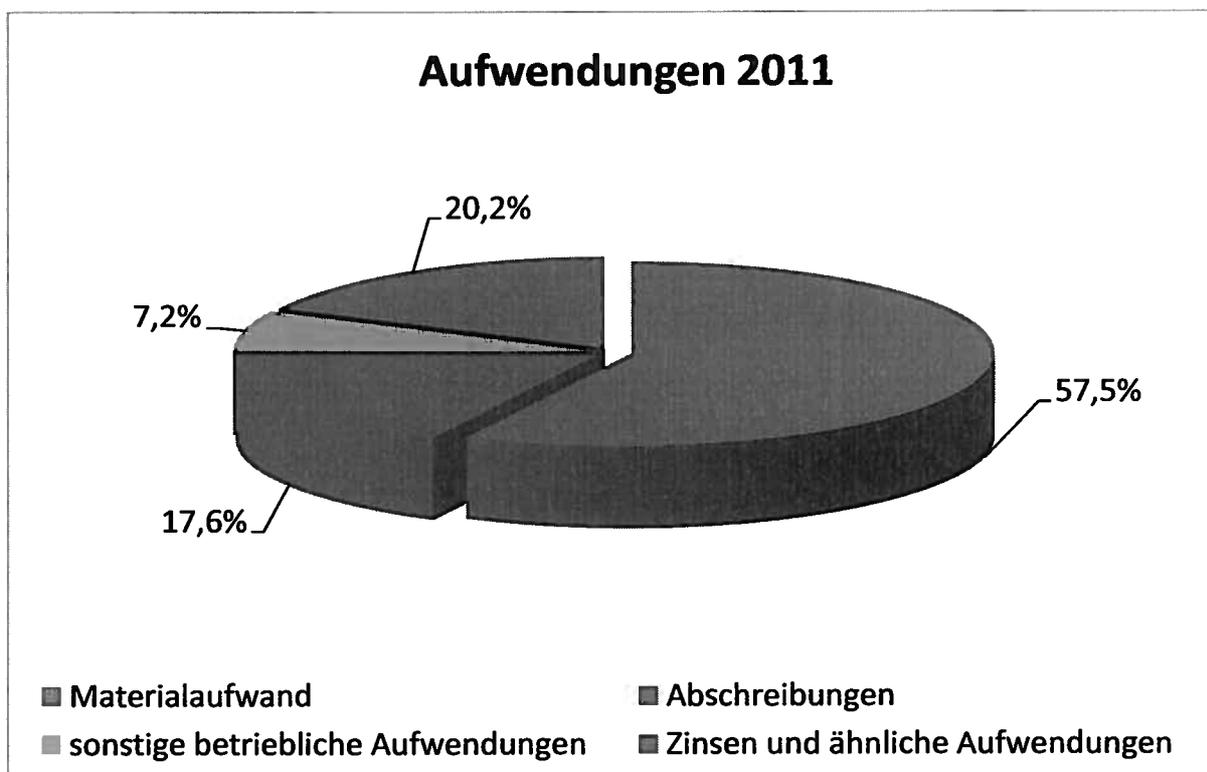
Ein außergerichtlicher Vergleich kam am 21.11.2011 zustande, nachdem der BGH den Parteien den Vergleichstext förmlich zugestellt hat. Dem AZV wurden 943.298 € an Schadenszahlungen überwiesen. Darin enthalten waren Zinsverluste, Verkaufspreis Derivat, Anwaltskosten, GPA sowie Verzugszinsen gemäß BGB.

Dem Eigenbetrieb wurden daraus anteilig 686.842 € nach der Quote der Zinsumlage überwiesen.

3.2.3 Aufwendungen

Die Aufwendungen des Eigenbetriebes in Höhe von 8.174.158,84 € stellen sich folgendermaßen dar:

Position	Bezeichnung	Betrag
3	Materialaufwand	4.700.177,34 €
4	Abschreibungen	1.439.803,70 €
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	586.801,55 €
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.447.376,25 €



Position 3 – Materialaufwand

Als **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind für Strom- und Wasserbezug 33.730,09 € angefallen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** für Unterhaltungsarbeiten am gesamten Kanalnetz sowie Entsorgungsaufwand aus dezentralen Abwasseranlagen summieren sich auf 1.402.956,39 € (Vorjahr 868.135,5 €) und liegen damit rund 512.000 € über dem Planansatz. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Kanalsanierungen mit Inliner, die kürzer sind als 50m seit dem Geschäftsjahr 2011 im Erfolgsplan sofort als Aufwand gebucht werden und nicht mehr im Vermögensplan (Beschluss GR vom 21.09.2011, DS 2011/223).

Die **Verbandsumlagen** 2011 des AZV Mariatal fallen im Vergleich zu den Planansätzen 2011 nur unwesentlich höher aus. Die Betriebskostenumlage (laufender Betrieb) ist 30.410,38 € unter dem Planansatz 2011, die Abschreibungsumlage ist 3.708,27 € und die Zinsumlage ist 24.537,03 € über dem Planansatz 2011. Insgesamt muss der Eigenbetrieb eine Nachzahlung in Höhe von 2.165,08 € tätigen.

Die Entwicklung der Umlagen in den letzten Jahren stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Betriebskosten- umlage	Abschreibungs- umlage (netto)	Zins- umlage	Gesamt- umlage
2006	1.966.374 €	973.740 €	277.868 €	3.217.982 €
2007	1.897.761 €	898.809 €	422.041 €	3.218.611 €
2008	1.889.401 €	873.069 €	461.735 €	3.224.205 €
2009	1.898.176 €	898.414 €	256.253 €	3.052.843 €
2010	1.935.132 €	720.776 €	271.421 €	2.927.329 €
2011	1.986.410 €	718.292 €	287.463 €	2.992.165 €

Position 4 – Abschreibungen

An Abschreibungen für immaterielles, unbewegliches und bewegliches Vermögen werden insgesamt 1.439.803,70 € ausgewiesen und sind somit um rund 160.000 € geringer als geplant.

Position 5 – sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt es sich um Aufwendungen für Steuern und Versicherungen, öffentliche Bekanntmachungen, Post- und Fernmeldegebühren, Bürobedarf, EDV-Nutzung sowie für Einzugskosten Abwassergebühren an die TWS, für allgemeine Beratungen und Planungen und seit 2011 auch den Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeit. In der Summe sind im Wirtschaftsjahr 2011 hierfür 36.030,93 € aufgewendet worden.

Unter dieser Position werden auch Anlagenabgänge gebucht, die sowohl das Ausscheiden nach Vollabschreibung und Vollabnutzung als auch die Veräußerung bei noch vorhandenem Restbuch- und Restnutzungswert betreffen. Im Geschäftsjahr 2011 musste hier ein zusätzlicher Aufwand von 7.441,42 € gebucht werden.

Außerdem werden unter der Position noch die Aufwendungen für andere Dienst- und Fremdleistungen erfasst. Darunter fallen insbesondere die Kosten für die Einführung der

gesplitteten Abwassergebühr, wofür das Ingenieurbüro GAUL aus Bamberg beauftragt wurde. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 212.329,20 € für andere Dienst- und Fremdleistungen aufgebracht.

Der Betriebsaufwand für die Geschäftsbesorgung der Stadt Ravensburg schlägt beim Eigenbetrieb mit 331.000,00 € zu Buche. Damit ersetzt der Eigenbetrieb die der Stadt für ihn entstehenden Kosten (insbesondere die entsprechenden Personalkosten des Tiefbauamtes und der Stadtkämmerei).

Position 7 – Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der durchschnittlich bezahlte Zinssatz für Darlehen lag im Geschäftsjahr 2011 bei 4,04 %. Unter Anwendung des Eigenbetriebs- und Handelsrechtes wurden beim Eigenbetrieb Städt. Entwässerungseinrichtungen erstmals 2008 die Kreditzinsen zeitlich (und damit erfolgsberichtigend) abgegrenzt. Es werden anteilige Kreditzinsen, die zwar 2012 fällig werden, sich aber auf den Zinszeitraum 2011 beziehen, als sonstige Verbindlichkeiten bilanziert. Betroffen sind Kredite mit nachträglicher Zinszahlung und Fälligkeiten nach dem 31.12.2011. Diese Bilanzierung führt zu einer periodengerechten Zuordnung des Zinsaufwandes (Belastung 2011 und entsprechende Entlastung 2012).

Position 8 – Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Der Jahresgewinn 2011 beträgt 478.108,33 €. Bei einem geplanten negativen Ergebnis in Höhe von 195.000 € weicht der Jahresgewinn rund 673.000 € von der Planung ab.

4. Anhang

4.1 Allgemeines

Die Städtischen Entwässerungseinrichtungen werden seit 1993 als Eigenbetrieb (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Stadt Ravensburg geführt. Grundlagen bilden das Eigenbetriebsgesetz, die Gemeindeordnung, die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) und die Betriebssatzung.

Die Aussonderung des Abwasserbereiches stellt u. a. sicher, dass die Abwassergebühren ausschließlich für Zwecke der Abwasserbeseitigung eingesetzt und nicht als allgemeine Finanzmittel im Verwaltungshaushalt der Stadt Ravensburg verwendet werden. Gebührenüber- und –unterdeckungen wurden jeweils auf neue Rechnung vorgetragen (Einzelbeschlüsse des Gemeinderates). In der Eröffnungsbilanz wurde auf die Festsetzung von Stammkapital verzichtet.

Die Abwasserbeseitigung ist eine gesetzliche Aufgabe der Stadt (§ 45 b WHG). Für die Benutzung werden Gebühren erhoben, welche die Kosten decken sollen. Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) müssen Gebührenüberschüsse innerhalb von 5 Jahren den Abgabepflichtigen wieder gut gebracht werden. Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Über den Eigenbetrieb werden auch die Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Ravensburg und dem Abwasserzweckverband Mariatal (AZV) abgewickelt.

Gemäß § 1 Abs. 1 der Betriebssatzung hat der Eigenbetrieb nach der jeweiligen Norm des Eigenbetriebsrechts Rechnung zu legen. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches sind dazu ergänzend angewendet worden.

4.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind unter Anwendung der Eigenbetriebsverordnung bzw. den dazu ergänzenden Vorschriften des HGB in entsprechender Form dargestellt.

Die Bewertung des Vermögens und der Schulden erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen des § 252 des Handelsgesetzbuches.

Die Bilanzierung des Sachanlagevermögens erfolgt getrennt nach Anlageklassen: Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, Verteilungsanlagen (Kanalnetz, Inliner, Grunddienstbarkeiten), Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen im Bau. Sofern die Verteilungsanlagen nicht sofort in Betrieb genommen werden, sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten (bereinigt um die Kosten der Straßenentwässerung) in der Position Anlagen im Bau bilanziert und vorgetragen.

Das Anlagevermögen wird mittels EDV in SAP R/3 Fi-AA im Anlagennachweis der Städt. Entwässerungseinrichtungen geführt. Die Eröffnungsbilanz zum 31.12.1992 bildete die Grundlage für die Fortschreibung des Anlagennachweises zum 31.12.2011.

Der linearen Abschreibung des Anlagevermögens liegt die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde. Die Kanäle werden seit dem 01.01.2006 mit 2,0 % bei einer angenommenen Nutzungsdauer von 50 Jahren abgeschrieben. Vorher wurde eine Nutzungsdauer von 66 Jahren unterstellt. Unverändert werden die Installation der Regenüberlaufbecken (RÜB) sowie die Pumpen für Hausanschlüsse mit 10 %, Bauwerke auf eine Laufzeit von 50 Jahren abgeschrieben.

Das Anlagevermögen und seine Entwicklung sind im Anlagenspiegel in den Anlagen dargestellt.

Die bestehenden Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 mit deren Restlaufzeiten sind im Verbindlichkeitspiegel in den Anlagen dargestellt.

4.3 Personal

Der Eigenbetrieb Städt. Entwässerungseinrichtungen beschäftigt kein eigenes Personal. Die kaufmännische und technische Betreuung wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von Mitarbeiter/innen der Stadt Ravensburg erledigt. Der Eigenbetrieb bezahlt dafür einen Verwaltungskostenbeitrag (Geschäftsbesorgungsentgelt) an die Stadt.

Wegen der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr steigt der Verwaltungskostenbeitrag ab 2012.

4.4 Organe

Die Organe des Eigenbetriebs sind der Gemeinderat, der Betriebsausschuss und die Betriebsleitung.

Betriebsleitung Kaufmännischer Betriebsleiter im Geschäftsjahr
Herr Walter Lehmann (bis 29.02.2012)
Technischer Betriebsleiter im Geschäftsjahr
Herr Ralph-Michael Jung

Betriebsausschuss Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs nahm der Umwelt-
und Verkehrsausschuss bis zum 31.07.2011 und ab 01.08.2011
der Ausschuss für Umwelt und Technik als Betriebsausschuss
die Aufgaben des beschließenden Betriebsausschusses wahr.

Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp

Mitglieder

Walter Blum
Rudolf Bosch
Rolf Engler
Rainer Frank
Renate Kiderlen
Michael Lopez-Diaz
Manfred Lucha
Gregor Rückgauer
August Schuler
Dieter Schwendinger
Peter Wagner
Maria Weithmann

Ravensburg, im Juni 2012



Engele

Kaufmännischer Betriebsleiter



Jung

Technischer Betriebsleiter

I. Anlagenachweis

Bezeichnung	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwert 31.12.11 in Euro	
	Anfangs- stand 01.01.11 in Euro	Zugang in Euro	Abgang in Euro	Umbuchung in Euro	Endstand 31.12.11 in Euro	Anfangsstand 01.01.11 in Euro	Zugang in Euro	Abgang in Euro		Umbuchung in Euro
I. Immat. Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen										
Grundstücke	205.067,37	913.922,00		0,00	1.118.989,37	0,00	0,00	0,00	0,00	1.118.989,37
Anl. (ohne Str.Entw.)	77.130.013,27	831.040,56	125.948,93	1.102.205,04	78.937.309,94	30.855.910,83	1.287.534,21	118.507,51	0,00	32.024.937,53
Inliner-Investitionen	2.771.257,61	0,00	0,00	331.108,03	3.102.365,64	1.604.730,19	152.181,20	0,00	0,00	1.756.911,39
Grunddienstbarkeiten **	139.993,14	0,00	0,00	0,00	139.993,14	19.161,49	0,00	0,00	0,00	19.161,49
Betriebs- u. Gesch.ausst.	12.702,61	0,00	0,00	0,00	12.702,61	12.628,82	69,79	0,00	0,00	12.698,61
Anlagen im Bau *	5.393.176,33	446.521,42	0,00	1.433.313,07	4.406.384,68	0,00	0,00	0,00	0,00	4.406.384,68
Summe Sachanlagen	85.652.210,33	2.191.483,98	125.948,93	2.866.626,14	87.717.745,38	32.492.431,33	1.439.785,20	118.507,51	0,00	33.813.709,02
III. Finanzanlagen (Einlage bei AZV)	3.638.750,25	0,00	0,00	0,00	3.638.750,25	0,00	0,00	0,00	0,00	3.638.750,25
Anlagevermögen gesamt	89.290.960,58	2.191.483,98	125.948,93	2.866.626,14	91.356.495,63	32.492.431,33	1.439.785,20	118.507,51	0,00	33.813.709,02
										57.542.786,61

Anmerkungen:

* Seit 1996 werden auch die Anlagen im Bau netto, d.h. ohne Straßentwässerungsanteil in der Anlagenbuchhaltung erfasst.

** Seit 1997 werden die Grunddienstbarkeiten nicht mehr bei den Grundstücken, sondern als eigene Anlagegruppe bei den Verteilungsanlagen geführt.

II. Darlehen zum 31.12.2011

Kreditnummer	Aufnahmehjahr	Zinsfestschreibung bis	ursprüngl. Kreditbetrag -in Euro-	Schuldenstand zum 01.01.2011 -in Euro-	Schuldenstand zum 31.12.2011 -in Euro-	Zins 2011 -in Euro-	Tilgung 2011 -in Euro-	Zinssatz in %
Kreditanstalt für Wiederaufbau								
1246013	1997	30.12.11	1.278.229,70	437.282,43	370.006,65	19.850,28	67.275,78	4,720
1720386	1998	15.02.18	1.431.617,27	565.102,84	489.753,76	26.881,42	75.349,08	4,920
2005448	1998	15.08.18	511.291,88	215.278,37	188.368,05	7.342,31	26.910,32	3,550
2447837	1999	15.02.19	1.891.779,96	846.316,38	746.748,42	28.508,22	99.567,96	3,470
7281546	2000	15.02.20	1.917.344,55	958.664,60	857.750,92	22.499,19	100.913,68	2,410
7319853	2001	15.02.21	1.380.488,08	762.898,14	690.240,50	34.634,81	72.657,64	4,000
8735155	2002	15.02.22	1.145.000,00	693.020,00	632.756,00	32.139,00	60.264,00	4,740
5031815	2003	15.08.23	945.000,00	722.640,00	667.050,00	30.573,19	55.590,00	4,400
9517532	2004	15.05.24	850.000,00	603.941,00	559.203,00	27.566,05	44.738,00	4,650
3920309	2006	15.08.26	1.000.000,00	941.176,00	882.352,00	31.966,03	58.824,00	3,450
5522766	2007	15.02.27	980.000,00	951.176,00	893.528,00	40.284,30	57.648,00	4,300
Summe			13.330.751,44	7.697.495,76	6.977.757,30	302.244,80	719.738,46	
Landesbank Baden-Württemberg								
603 656 900	1992	30.12.14	2.556.459,41	668.262,10	505.237,81	26.920,63	163.024,29	4,43
606 559 795	1992	01.09.24	1.789.521,58	1.137.425,86	1.072.162,25	40.184,19	65.263,61	3,61
607 486 228	U 2007	30.12.23	3.834.689,10	2.662.337,87	2.509.145,59	133.090,27	153.192,28	4,999
605 806 810	2002	30.12.31	1.000.000,00	853.525,52	827.029,38	37.853,86	26.496,14	4,435
Summe			9.180.670,09	5.321.551,35	4.913.575,03	238.048,95	407.976,32	
Kreissparkasse Ravensburg								
6000 259 745	1992	30.12.21	1.789.521,58	1.110.687,44	1.039.764,71	39.207,27	70.922,73	3,53
648 256 247	1994	30.04.12	2.045.167,52	1.767.945,02	1.767.945,02	47.734,52	0,00	2,70
6000 259 738	1995	30.03.14	766.937,82	258.856,34	209.606,09	8.205,75	49.250,25	3,17
6000 318 370	1996	15.02.16	1.303.794,30	377.404,02	308.782,52	4.418,23	68.621,50	variabel
6000 329 417	2000	30.12.11	3.067.751,29	2.769.734,76	2.750.000,00	112.451,23	19.734,76	4,06
6000 155 131	2004	30.10.24	850.000,00	850.000,00	850.000,00	35.190,00	0,00	4,14
6000 345 051	2006	30.12.33	1.000.000,00	910.893,45	887.154,54	38.221,09	23.738,91	4,196
6000 465 766	2008	11.06.18	980.000,00	980.000,00	980.000,00	47.040,00	0,00	4,80
6000 505 231	2009	16.02.29	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00	90.000,00	0,00	4,50
6000 536 327	2009	15.07.19	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00	79.200,00	0,00	3,96
6000 565 460	2009	09.12.12	700.000,00	700.000,00	700.000,00	15.960,00	0,00	2,28
6000 651 305	2011	08.05.21	2.000.000,00	0,00	2.000.000,00	47.483,33	0,00	3,70
Summe			18.503.172,51	13.725.521,03	15.493.252,88	565.111,42	232.268,15	
WL-Bank								
208 841 300	U 2007	30.12.14	4.242.566,91	4.242.566,91	4.242.566,91	169.948,40	0,00	3,92
208 841 301	1993	28.11.13	2.045.167,52	1.557.723,82	1.557.723,82	60.595,46	0,00	3,89
Summe			6.287.734,43	5.800.290,73	5.800.290,73	230.543,86	0,00	
Commerzbank								
00102	1996	30.06.20	1.022.583,76	579.137,36	531.056,61	7.402,65	48.080,75	variabel
00103	1996	30.06.20	1.533.875,64	873.816,20	802.709,73	11.177,13	71.106,47	variabel
00101	2001	31.03.27	1.789.521,58	1.351.976,53	1.294.891,52	17.567,28	57.085,01	variabel
Summe			4.345.980,98	2.804.930,09	2.628.657,86	36.147,06	176.272,23	
Deutsche Genossenschafts Hypothekenbank								
3018786801	1991	31.10.11	536.856,48	225.573,93	0,00	9.919,80	225.573,93	4,59
Zinsabgrenzung 2011						131.641,80		
Zinsabgrenzung 2010						-149.523,42		
Gesamtsumme				35.575.362,89	35.813.533,80	1.364.134,27	1.761.829,09	

III. Verbindlichkeitspiegel

Für die Verbindlichkeiten bestehen zum 31.12.2011 folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag	bis zu 1 Jahr	zwischen 2 und 5 Jahren	über 5 Jahren
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.813.533,80 €	5.587.951,67 €	6.823.917,15 €	23.401.664,98 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.552.341,21 €	1.552.341,21 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	425.848,84 €	425.848,84 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber dem AZV Mariatal	30.410,38 €	30.410,38 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Verbindlichkeiten	131.641,80 €	131.641,80 €	0,00 €	0,00 €
	37.953.776,03 €	7.728.193,90 €	6.823.917,15 €	23.401.664,98 €

IV. Verpflichtungsermächtigungen 2011

Bezeichnung	Plan 2011	Inanspruchnahme 2011
Entlastung Flappachsammler	350.000 €	0,00 €
Oberhofen Süd (Angelestraße)	80.000 €	0,00 €
Summe	430.000 €	0,00 €

V. Vermögensplanabrechnung

Finanzierungsmittel (Einnahmen)	Ansatz 2011	Rechnung 2011
Zuführung zum Stammkapital	0,00 €	0,00 €
Zuführung zu Rücklagen abzüglich Einnahmen	0,00 €	0,00 €
Jahresgewinn	-195.000,00 €	478.108,33 €
Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00 €	0,00 €
Zuweisungen, Zuschüsse und Erträge	550.000,00 €	1.147.955,92 €
Beiträge	400.000,00 €	271.694,97 €
Erstattung im Zusammenhang mit GB Erlen	0,00 €	106.635,20 €
Zuführung zu langfristigen Rückstellungen	0,00 €	0,00 €
Kredite von Dritten	4.000.000,00 €	2.000.000,00 €
Abschreibungen und Anlagenabgänge	1.600.000,00 €	1.447.226,62 €
Rückflüsse aus gewährten Krediten	0,00 €	0,00 €
erübrigte Mittel aus Vorjahren	0,00 €	0,00 €
Verkauf von Sachanlagen des Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €
Finanzierungsmittel insgesamt	6.355.000,00 €	5.451.621,04 €
Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	Ansatz 2011	Rechnung 2011
Sachanlagen	3.955.000,00 €	2.450.682,10 €
Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €
Rückzahlung von Kapitaleinlage	0,00 €	0,00 €
Entnahme aus Rücklagen	0,00 €	0,00 €
Jahresverlust	0,00 €	0,00 €
Entnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00 €	0,00 €
Auflösung Ertragszuschüsse	800.000,00 €	725.210,83 €
Entnahme langfristige Rückstellungen	0,00 €	0,00 €
Tilgung von Krediten	1.600.000,00 €	1.761.829,09 €
Gewährung von Krediten	0,00 €	0,00 €
Finanzierungsfehlbetrag aus Vorjahren	0,00 €	470.487,31 €
Finanzierungsbedarf insgesamt	6.355.000,00 €	5.408.209,33 €
Finanzierungsüberschuss somit		-43.411,72 €

VI. Berechnung der Deckungsmittel Wirtschaftsjahr 2011

	Anfangsbestand 01.01. €	Endbestand 31.12. €	Veränderung im Wirtschaftsjahr €
Aktiva - langfristig gebundene Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten			
Grundstücke	205.067,37	1.118.989,37	913.922,00
Verteilungsanlagen			
Kanalnetz	46.274.102,44	46.912.372,41	638.269,97
Inliner	1.166.527,42	1.345.454,25	178.926,83
Grunddienstbarkeiten	120.831,65	120.831,65	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	73,79	4,00	-69,79
Anlagen im Bau			
Anlagen im Bau	5.393.176,33	4.406.384,68	-986.791,65
Finanzanlagen			
Finanzanlagen	3.638.750,25	3.638.750,25	0,00
Verlustvortrag			
Verlustvortrag aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00
Jahresverlust			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Aktiva - langfristig gebundene Vermögenswerte	56.798.529,25	57.542.786,61	744.257,36

Passiva - langfristige Finanzierungsmittel

	Anfangsbestand 01.01. €	Endbestand 31.12. €	Veränderung im Wirtschaftsjahr €
Empfangene Ertragszuschüsse			
Kanalbeiträge	12.775.083,46	12.618.632,42	-156.451,04
Klärwerksbeiträge	2.152.596,64	2.033.482,00	-119.114,64
Investitionsbeteiligungen und Nachbargemeinden	192.028,02	1.181.812,29	989.784,27
Landeszuweisungen für Kanäle	4.363.397,39	4.193.291,89	-170.105,50
Hausanschlüsse	129.532,73	127.296,78	-2.235,95
	19.612.638,24	20.154.515,38	541.877,14
Langfristige Verbindlichkeiten			
Kredite vom Kreditmarkt	35.575.362,89	35.813.533,80	238.170,91
Gewinnvortrag			
Gewinnvortrag aus Vorjahren	700.849,70	1.140.040,82	439.191,12
Jahresgewinn			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	439.191,12	478.108,33	38.917,21
Passiva - langfristige Finanzierungsmittel	56.328.041,95	57.586.198,33	1.258.156,38

39 **Gegenüberstellung**

	Anfangsbestand 01.01. €	Endbestand 31.12. €	Veränderung im Wirtschaftsjahr €
Langfristige Finanzierungsmittel	56.328.041,95	57.586.198,33	1.258.156,38
Langfristig gebundene Vermögenswerte	56.798.529,25	57.542.786,61	744.257,36
<hr/>			
Deckungsmittelüberhang/-defizit	470.487,30	-43.411,72	-513.899,02
Deckungsmittellücke zum 31.12. des Wirtschaftsjahres			-43.411,72
Deckungsmittellücke zum 01.01. des Wirtschaftsjahres			470.487,30
Deckungsmittellücke aus dem Wirtschaftsjahr			-513.899,02

VII. Gewinn- und Verlustrechnung mit Vergleich zum Vorjahr

	2011 €	2010 €	
1. Umsatzerlöse			
a) Abwassergebühren	6.442.167,27	6.295.785,22	146.382,05
b) Straßentwässerungsanteil	330.489,10	391.445,49	-60.956,39
c) Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal	165.700,00	165.700,00	0,00
d) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	548.913,78	542.615,47	6.298,31
	<u>7.487.270,15</u>	<u>7.395.546,18</u>	91.723,97
2. sonstige betriebliche Erträge			
a) andere betriebliche Erträge	13.497,88	2.748,01	10.749,87
b) Erträge aus dezentrale Abwasserbeseitigung	8.544,91	18.291,31	-9.746,40
c) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen Klärwerk	447.622,83	454.616,64	-6.993,81
	<u>469.665,62</u>	<u>475.655,96</u>	-5.990,34
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.730,09	42.697,90	-8.967,81
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.402.956,39	868.135,59	534.820,80
c) Leistungen des AZV Mariatal	3.263.490,86	3.198.654,46	64.836,40
	<u>4.700.177,34</u>	<u>4.109.487,95</u>	590.689,39
4. Abschreibungen	1.439.803,70	1.456.946,91	-17.143,21
5. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Sonstige betriebl. Aufwendungen	255.801,55	50.884,67	204.916,88
b) Geschäftsbesorgung	331.000,00	318.550,00	12.450,00
	<u>586.801,55</u>	<u>369.434,67</u>	217.366,88
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.489,77	7.332,96	1.156,81
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
a) Kreditzinsen	1.364.134,27	1.395.659,66	-31.525,39
b) Zinsausg. Kassenkredite, Derivate, Sonst. Finanzau	83.241,98	107.814,79	-24.572,81
	<u>1.447.376,25</u>	<u>1.503.474,45</u>	-56.098,20
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-208.733,30	439.191,12	-647.924,42
9. Außerordentliche Erträge	686.841,63	0,00	686.841,63
10. Jahresergebnis	478.108,33	439.191,12	-647.924,42
Summe Aufwendungen	8.174.158,84	7.439.343,98	734.814,86
Summe Erträge	8.652.267,17	7.878.535,10	86.890,44

VIII. GuV mit Vergleich zum Ansatz im Wirtschaftsplan

	Ergebnis €	Planansatz €	
1. Umsatzerlöse			
a) Abwassergebühren	6.442.167,27	6.150.000	292.167,27
b) Straßenentwässerungsanteil	330.489,10	400.000	-69.510,90
c) Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal	165.700,00	166.000	-300,00
d) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	548.913,78	540.000	8.913,78
	<u>7.487.270,15</u>	<u>7.256.000</u>	<u>231.270,15</u>
2. sonstige betriebliche Erträge			
a) andere betriebliche Erträge	13.497,88	21.000	-7.502,12
b) Erträge aus dezentraler Abwasserbeseitigung	8.544,91	40.000	-31.455,09
c) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen Klärwerk	447.622,83	515.000	-67.377,17
	<u>469.665,62</u>	<u>576.000</u>	<u>-106.334,38</u>
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.730,09	60.000	-26.269,91
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.402.956,39	890.000	512.956,39
c) Leistungen des AZV Mariatal	3.263.490,86	3.265.000	-1.509,14
	<u>4.700.177,34</u>	<u>4.215.000</u>	<u>485.177,34</u>
4. Abschreibungen	1.439.803,70	1.600.000	-160.196,30
5. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Sonstige betriebl. Aufwendungen	255.801,55	287.000	-31.198,45
b) Geschäftsbesorgung	331.000,00	335.000	-4.000,00
	<u>586.801,55</u>	<u>622.000</u>	<u>-35.198,45</u>
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.489,77	10.000	-1.510,23
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
a) Kreditzinsen	1.364.134,27	1.600.000	-235.865,73
b) Zinsausg. Kassenkredite, Derivate, Sonst. Finanzau	83.241,98	0	83.241,98
	<u>1.447.376,25</u>	<u>1.600.000</u>	<u>-152.623,75</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-208.733,30	-195.000,00	-13.733,30
9. Außerordentliche Erträge	686.841,63	0,00	686.841,63
10. Jahresergebnis	478.108,33	-195.000,00	673.108,33

IX. Gebührenrechtliches Ergebnis 2011

Berechnung auf Grund GPA Beanstandung (Beschluss GR vom 17.07.2011/DS 2011/224/1)

	2011
	€
1. Umsatzerlöse	
a) Abwassergebühren	6.442.167,27
b) Straßentwässerungsanteil	330.489,10
c) Übertragung Kosteneinsparung AZV Mariatal	165.700,00
d) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	548.913,78
	<u>7.487.270,15</u>
2. sonstige betriebliche Erträge	
a) andere betriebliche Erträge	13.497,88
b) Erträge aus dezentrale Abwasserbeseitigung	8.544,91
c) Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen Klärwerk	447.622,83
	<u>469.665,62</u>
3. Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.730,09
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.402.956,39
c) Leistungen des AZV Mariatal	3.263.490,86
	<u>4.700.177,34</u>
4. Abschreibungen	1.439.785,20
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	
a) Sonstige betriebl. Aufwendungen	255.801,55
b) Geschäftsbesorgung	331.000,00
	<u>586.801,55</u>
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.489,77
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
a) kalk. Zinsen	1.497.377,65
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-258.716,20
9. Außerordentliche Erträge	686.841,63
9. Jahresergebnis	-258.716,20
Summe Aufwendungen	8.224.141,74
Summe Erträge	7.965.425,54
	-258.716,20

X. Ausgleich gebührenrechtlicher Ergebnisse ab 2002

Bilanz zum	Gewinn	Verlust	Saldo	Ausgleich spätestens	Ausgleich tatsächlich	Ausgleichs- betrag	Rest
Umrechnung in Euro =>			391.243,78 €				
31.12.2002	148.214,49 €		539.458,27 €	2007	2003	148.214,49 €	0,00 €
31.12.2003		785.125,64	245.667,37 € Verlustvortrag	2008	1998,1999,2002	539.458,27 €	245.667,37 €
					2006	135.212,05 €	110.455,32 €
					2007	110.455,32 €	0,00 €
						785.125,64 €	
31.12.2004		562.178,83	807.846,20 € Verlustvortrag	2009	2007	441.429,62 €	120.749,21 €
					2008	80.530,92 €	40.218,29 €
					2009	40.218,29 €	0,00 €
						562.178,83 €	
31.12.2005		377.212,97	-1.185.059,17 € Verlustvortrag	2010	2009	327.712,67 €	49.500,30 €
					2010	49.500,30 €	0,00 €
						377.212,97 €	
31.12.2006	135.212,05		-1.049.847,12 € Verlustvortrag	2011	2003	135.212,05	0,00 €
31.12.2007	551.884,94		-497.962,18 € Verlustvortrag	2012	2003	110.455,32 €	441.429,62 €
					2004	441.429,62 €	0,00 €
						551.884,94 €	
31.12.2008	80.530,92		-417.431,26 €	2013	2005	80.530,92 €	0,00 €
31.12.2009	367.930,96		-49.500,30 €	2014	2004	40.218,29 €	327.712,67 €
					2005	327.712,67 €	0,00 €
						367.930,96 €	
31.12.2010	219.113,12 €		169.612,82 €	2015	2005	49.500,30 €	169.612,82 €
					2011	169.612,82 €	0,00 €
						219.113,12 €	
31.12.2011		-258.716,20	-89.103,38 €	2016	2010	169.612,82 €	-89.103,38 €